



Tilo Stolpe
Leiter Öffentlichkeitsarbeit

T: 0385. 525 2442
F: 0385. 525 2443
M: 0160. 7410 172
Tilo.Stolpe@fdp.landtag-mv.de

Newsletter 04/2011

Hallo zur April-Ausgabe,

Der Monat hat mit einem turbulenten Landesparteitag begonnen. Danach wurden die Landtagsfraktion in einigen Medien bereits auseinander geschrieben. Doch sie hält bis zum Schluss, die Arbeit geht bis zur Landtagswahl unvermindert weiter.

LANDTAGSSPLITTER:

Jörg Heydorn (SPD) zu Ralf Grabow (FDP) „Ich würde gern erkennen wollen, wo inhaltlich Unterschiede sind zu meinen Ausführungen?“ – Antwort Ralf Grabow: „Da war schon bei Ihnen nichts dabei, da wird es bei mir auch nicht besser werden, weil auf nichts kann auch nichts kommen.“

Beste Grüße

Tilo Stolpe

INHALT

- 02 Leonhard: FDP-Landtagsfraktion bleibt geschlossen bis zum Schluss**
- 03 Umfrage nach Landesparteitag gibt FDP schlechte Noten**
- 03 Dänische Schüler fragen FDP-Fraktionsvorsitzenden**
- 04 Reese: „Das FAG hat nicht einmal Strahlkraft einer Haushaltskerze“**
- 05 Roof: Landtagssitzung startet mit Wahlkampfthema Arbeitsmarkt**
- 05 Leonhard: MV auch künftig ohne Ständige Vertretung bei der EU**
- 06 Roof: Schuldenbremse verkommt zur Show von SPD und CDU**
- 07 Kreher: Landtag lehnt Gutshäuser-Bekanntnis mit Lobeshymnen ab**
- 08 Schnur: FDP-Landtagsfraktion kritisiert Wahlgeschenk an Kleingärtner**
- 08 Grabow: Regierung lässt kinderlose Paare zwei Jahre im Stich**
- 09 Landtagsreden: FAG, EU-Vertretung, Ausgleichsflächenkataster**

FDP-Landtagsfraktion bleibt geschlossen bis zum Schluss

(stp) Laut Medienberichten waren es turbulente Tage. Es wurde viel spekuliert, was sich genau auf der Landesvertreterversammlung abgespielt haben könnte, bevor der Parlamentarische Geschäftsführer Gino Leonhard Spitzenkandidat wurde. Hinzu kam das Gerücht über geplante Austritte aus der FDP-Fraktion.

Fraktionsvorsitzender Michael Roolf versicherte vor der folgenden Landtagsitzung, dass er sein Amt bis zum Schluss ausführen werde. „Dafür habe ich die volle Rückendeckung der Fraktion. Ich strebe für September kein politisches Engagement in keiner politischen Gruppierung für den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern an. Wie mein politisches Engagement in Zukunft aussehen wird, werde ich nach reiflicher Diskussion mit meiner Familie nach Ostern entscheiden“, so Michael Roolf, der sich im Wahlkampf für den Spitzenkandidaten einsetzen wird. Der Parlamentarische Geschäftsführer der FDP-Fraktion und Spitzenkandidat Gino Leonhard freute sich in einem Interview mit der „Schweriner Volkszeitung“ darüber: „Ich bin ihm sehr dankbar, dass er mir versichert hat, mich als Spitzenkandidaten und das Team mit allen Kräften zu unterstützen.“



Gerüchte, dass neben Michael Roolf, auch Hans Kreher und Ralf Grabow aus der Fraktion austreten könnten, waren ebenso umgehend dementiert worden. Der Vizepräsident und bildungspolitische Sprecher Hans Kreher: „Ich habe zu keinem Zeitpunkt über einen Austritt aus der FDP-Fraktion geschweige aus der FDP nachgedacht. Ich werde für die FDP weiter in den Ausschüssen des Landtages arbeiten, um zum Beispiel das Weiterbildungsgesetz und das Lehrerbildungsgesetz voranzutreiben. Auch für die Erhaltung der Guts- und Parkanlagen im ländlichen Raum sowie für die Kulturpolitik werde ich bis zum letzten Tag dieser Legislaturperiode kämpfen.“ Kreher hat auf eine erneute Kandidatur verzichtet. Auch der Sozialpolitiker Ralf Grabow, der auf der Landesliste nicht mehr erscheint, will nicht alles hinwerfen und dementierte ein solches Gerücht mit dem Wort „absurd“, denn „mit einem künftig neuen FDP-Bundesvorsitzenden Philipp Rösler haben die Liberalen bewiesen, dass sie ihre sozialliberale Ausrichtung festigen. Diese Politik habe ich hier in Mecklenburg-Vorpommern in dieser Legislaturperiode stets vertreten und werde mich weiter dafür einsetzen. Mein ganzes Engagement gilt bis zum Ende der Legislatur natürlich auch dem Vorsitz des Sozialausschusses im Landtag.“

Der Parlamentarische Geschäftsführer und FDP-Spitzenkandidat Gino Leonhard, der mit den Fraktionären Sigrun Reese und Toralf Schnur in den Wahlkampf ziehen wird, weiß, dass die FDP-Landtagsfraktion jetzt geschlossen die Legislaturperiode bis zur Landtagswahl am 4. September beenden wird. „Es gibt keinen Grund, warum die Fraktion nicht zusammenhalten sollte. Der Fraktionsvorsitzende Michael Roolf und ich als Parlamentarischer Geschäftsführer werden wie schon in der Vergangenheit gemeinsam alles dafür tun, dass das so bleibt. Da sind wir uns beide einig“, so Gino Leonhard.

Umfrage nach Landesparteitag gibt FDP schlechte Noten

(stp) Positiv an der neuesten Infratest-dimap-Umfrage könnte man werten, dass mehr als die Hälfte der Menschen in Mecklenburg-Vorpommern eher eine Große Koalition als eine rot-rote Regierung haben wollen würde. Für Rotschwarz wären 54, für Rot-Rot 38 Prozent. 45 Prozent sind aber nur mit der jetzigen Landesregierung aus SPD und CDU zufrieden. Das soll aber nicht von der schwierigen Ausgangslage der FDP im Wahlkampf ablenken. Befragt wurden 1.001 Menschen eine Woche nach der turbulenten Landesvertreterversammlung und der Berichterstattung.

Ergebnis der Sonntagsfrage Landtagswahl:

SPD (34%), CDU (27), LINKE (20), FDP (3), Grüne (10), NPD (3), sonstige (3).

Die wichtigsten Themen sind für die Menschen: Arbeitsmarkt (50%), Wirtschaftliche Situation (8), Bildung (8), Familie (4), Löhne (4), Atom- und Energiepolitik (3).

Während die Kompetenzwerte der regierenden SPD und der im Trend liegenden Grünen nahezu alle stiegen, sackten die Werte der FDP ab. Die Ursachen dafür sehen Journalisten als Beobachter nicht in der Arbeit der Landtagsfraktion, sondern vielmehr in den Querelen auf dem Landesparteitag und der Vertreterversammlung sowie in der bundesweiten Personaldebatte. Der Parlamentarische Geschäftsführer Gino Leonhard sagte dem NDR: „Die Umfrage ist eine Momentaufnahme. Wir starten jetzt in den Wahlkampf und setzen unsere Themen wie Arbeit und Bildung. Dass er als Spitzenkandidat nur eine Bekanntheit von 16 Prozent hat (Michael Roolf kannten 25 Prozent laut letzter SVZ-Umfrage), spornt ihn nach eigenen Angaben an.

Siehe auch: <http://www.ndr.de/regional/mecklenburg-vorpommern/umfrage389.pdf>

Dänische Schüler fragen den FDP-Fraktionsvorsitzenden



(stp) „Wie sieht der Tag eines Politikers aus?“ Oder: „Wie fühlen Sie sich, neben der NPD sitzen zu müssen?“ Der FDP-Fraktionsvorsitzende Michael Roolf hatte 25 Abiturienten aus Dorf Mecklenburg und Dänemark Rede und Antwort gestanden. Er war der einzige der demokratischen Fraktionen, der Zeit für die jungen Menschen gefunden hatte. Zur Frage nach dem Arbeitstag beschrieb Michael Roolf die Landtagssitzungswoche. „Nach der

Sitzung ist vor der Sitzung“, so der FDP-Fraktionsvorsitzende. Neben der rechtsextremistischen NPD zu sitzen, sei oftmals beklemmend, wenn die NPD ihre unkontrollierten Ausfälle hat. Wissen wollten die Schüler, wie die Haltung der FDP zur Atomkraft ist. Michael Roolf erzählte über die Debatte im Landtag, die die FDP angeschoben hatte. „Wir haben Sicherheitsüberprüfungen auch für das Zwischenlager in Lubmin auf die Tagesordnung gesetzt“, so Roolf. Die Gymnasiasten aus Dorf Mecklenburg hatten Ende März für drei Tage Besuch aus Dänemark.

„Das FAG hat nicht einmal Strahlkraft einer Haushaltskerze“

(stp) Zur Sondersitzung rief der Landtag bereits am 5. April. Einziges Thema: Das Finanzausgleichsgesetz. Sigrun Reese, stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion M-V, erklärte zur Einbringung des neuen FAG: „Von einer fairen, aufgabengerechten, transparenten, klaren und schlüssigen Mittelverteilung sind wir mit diesem Gesetzentwurf weiter weg denn je.“ Die Kommunen würden weiter unterfinanziert bleiben, so Sigrun Reese, die Fehler des vorhergehenden FAG seien nicht ausgebessert. „Während die Landkreise vom geänderten Verteilungsschlüssel profitieren, leiden mehr als 700 Kommunen weiter. Wer so ein FAG vorlegt, muss sich den Vorwurf gefallen lassen, ihm seien große Teile der Kommunen letztlich egal.“

Das sahen die Regierungsfractionen erwartungsgemäß anders. Torsten Renz (CDU): „Obwohl die Beschwerden von vielen Gemeinden über unausgeglichene Haushalte immer lauter werden, weist die kommunale Kassenstatistik ein Plus für die kommunale Ebene aus. Trotzdem gilt es, die Haushaltsituation des Landes und einzelner Kommunen differenziert zu betrachten. Das Auseinanderfallen von objektiven Daten und gefühlter Situation wird der Innenausschuss im Rahmen seiner Anhörungen zum neuen Finanzausgleich zu untersuchen haben.“ Torsten Renz wies den Vorwurf zurück,



dass das Land sich an den Kommunen gesund spare. Auch Heinz Müller (SPD) mahnte, dass mit der anstehenden Kreisgebietsreform und der geringeren Zahl der Landkreise und kreisfreien Städte die Zuweisungen des Landes an die Kommunen an die neue Struktur angepasst werden müssen. „Ebenso wie viele Kommunen muss

auch das Land derzeit die in guten Jahren gebildeten Rücklagen einsetzen, um den Haushalt auszugleichen.“ Dennoch versprach Müller vor dem anstehenden Wahlkampf: „Die SPD-Landtagsfraktion steht dafür, dass die besonders betroffenen Kommunen 2012 Unterstützung aus dem Konsolidierungsfonds in Höhe von 100 Mio. erhalten.“ Er will eine grundlegende Debatte über die Kommunalfinanzen, die auch die Ausgabeseite in den Blick nimmt.

Die finanzpolitische Sprecherin der FDP-Fraktion, Sigrun Reese, bescheinigte dem SPD-Politiker, dass die vorgelegte FAG-Änderung nicht einmal die Strahlkraft einer einzelnen Haushaltskerze habe. „In diesem Punkt ist das Licht der Landesregierung bereits erloschen.“ Links-Fraktionsvorsitzender Helmut Holter pflichtete Sigrun Reese bei und nannte das Finanzausgleichsgesetz „dreist, arrogant und kommunalfeindlich.“

(siehe auch Landtagsrede vom 2011-04-05)

Landtagssitzung startet mit Wahlkampfthema Arbeitsmarkt

(stp) Der FDP-Fraktionsvorsitzende Michael Rooff war verwundert, dass die CDU die Aktuelle Stunde zum Thema „Mehr Arbeitsplätze – weniger Arbeitslose in Mecklenburg-Vorpommern“ zu einer Jubel-Veranstaltung machen wollte. Denn „alle Länder-Quoten um uns herum haben prozentual eine doppelte Absenkung geschafft“, so Michael Rooff über eine Arbeitslosenquote von 14,3 Prozent im März 2011, die zwar die niedrigste seit der Wende sei, aber keinen Grund zum Jubeln biete, da die Rote Laterne bleibe.

Ministerpräsident Erwin Sellering erkannte schon nach der Rede seines Kabinettskollegen Lorenz Caffier und der Antwort von LINKE-Fraktionsvorsitzenden Helmut Holter: „Der Wahlkampf steht vor der Tür.“ Der SPD-Regierungschef sprach von großen Fortschritten, denn die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten sei um mehr als 20.000 gestiegen. Der CDU-Spitzenkandidat Lorenz Caffier hatte zuvor erklärt, dass er die Leistungen nicht schlecht reden lasse, nur weil immer weniger Menschen im Land leben. Er kritisierte die Zeit vor Rot-Schwarz als noch die PDS und ein Arbeitsminister Holter an der Seite der SPD Verantwortung trugen. „Sie haben mit Ihrer Arbeitsmarktpolitik keinen einzigen Arbeitsplatz geschaffen.“ 150 Millionen Euro Steuergeld seien verpufft. LINKEN-Spitzenkandidat Holter sah das anders. FDP-Fraktionsvorsitzender Michael Rooff erinnerte sowohl Lorenz Caffier, Helmut Holter als auch Erwin Sellering daran, dass Politik sowieso kaum Jobs kreierte. „Arbeitsplätze werden von Unternehmen geschaffen.“ Zugleich erinnerte er die Landesregierung daran, dass sie kein Wort über die verloren hätten, die heute in der zehnten oder zwölften Klasse seien. „Was machen wir für diese Menschen?“, fragte Rooff.

M-V auch künftig ohne Ständige Vertretung bei der EU

(stp) Mecklenburg-Vorpommern sollte auf EU-Ebene gestärkt werden. Das war Ziel eines Antrags der FDP-Fraktion. Der Parlamentarische Geschäftsführer Gino Leonhard: „Die Europäische Innenpolitik wird zunehmend wichtiger. Und das bedeutet auch für das Land Mecklenburg-Vorpommern, dass es sich optimal aufstellen muss.“ Gino Leonhard sieht auch, dass dem schwindenden Interesse an Europa, das sich an den Beteiligungen zur Europawahl zeigt, entgegen gewirkt werden müsse. Eine Ständige Vertretung in Brüssel mit gesandtem Personal aus der Landesregierung könne auch die Rolle Mecklenburg-Vorpommerns im Ostseeraum stärken. „Das Know-how von Fachkräften in Mecklenburg-Vorpommern kann dazu beitragen, dass Mecklenburg-Vorpommern von diesen Entwicklungen profitiert und im europäischen Wettbewerb nicht durchgereicht wird.“



Die bessere Einbindung unseres Landes sieht Angelika Peters (SPD) gar nicht ein. Das bisherige Brüssler Büro würde ausreichen. „Die Anforderungen sind mit dem aktuellen Personal bei vernünftiger Schwerpunktsetzung zu erfüllen“, wobei sie das Wort „vernünftig“ betonte. Barbara Borchert (DIE LINKE) findet zwar, dass das Informationsbüro des Landes gestärkt werden sollte, doch fordert sie, dass auch Europa hier in Mecklenburg-Vorpommern mehr thematisiert wird. Gino Leonhard forderte am Ende erneut vergebens, eine Ständige Vertretung wenigstens zu prüfen.

(siehe auch Landtagsrede vom 2011-04-13)

Schuldenbremse verkommt zur Show von SPD und CDU

(stp) **Die rot-schwarze Landesregierung hat sich mit den Stimmen der Linken einer echten Schuldenbremse verweigert. FDP-Fraktionsvorsitzender Michael Roof sagte nach der Landtagssitzung: „Leider wurde das Gesprächsangebot der FDP-Fraktion ausgeschlagen. Klar wurde nach dieser Diskussion, dass die Schuldenbremse keine Herzensangelegenheit, sondern nur Wahlkampfaktik von SPD und CDU ist.“**



Als er den Antrag der Fraktion „Begleitende Maßnahmen zur Einführung der Schuldenbremse“ einbrachte, hatte er die demokratischen Fraktionen noch einmal zur Besinnung aufgerufen. „Wir waren uns alle einig, dass wir eine echte Schuldenbremse brauchen, die nicht hinter die Schuldenbremse im Grundgesetz der Bundesrepublik zurück fällt“, sagte FDP-Fraktionsvorsitzender

Michael Roof. Den Liberalen ging es um drei wesentliche Kriterien: Es bedarf einer umfassenden Buchführung, der Darstellung von Risiken, Schulden und Vermögen des Landes. Außerdem hält die FDP-Fraktion einen regelmäßigen Beteiligungsbericht sowie ein Konzept zur Entschuldung der Kommunen für zwingend notwendig. Ein Brief des Ministerpräsidenten, aus dem Michael Roof zitierte, klang auch kompromissverdächtig.

Doch die Finanzministerin Heike Polzin fühlte sich von einer echten Schuldenbremse offenbar angegriffen. „Die Transparenz sei gegeben“, versuchte sie einer umfassenden Buchführung, die Darstellung von Schulden, Risiken und Vermögen entgegen zu reden. Der FDP-Fraktionschef konterte: „Eine Vermögensübersicht ohne Anlagenspiegel ist purer Unsinn.“ Beim Thema Konzept zur Entschuldung der Kommunen machte die Finanzministerin die Tür komplett zu, denn das Land habe fünfmal mehr Schulden als die Kommunen. Egbert Liskow von der CDU bescheinigte der FDP, dass er den Antrag anerkenne. Dann folgte er dem Regierungsgehorsam: „Entscheidend ist das Ziel. Man muss mit der Opposition vernünftig umgehen, trotzdem lehnen wir den Antrag ab.“

Michael Roof sieht sich auf der Seite der Kommunen. Denn „erklären Sie einem normal denkenden Menschen, warum den Kommunen ein Beteiligungsbericht aufgezwungen wird und Sie selbst den Standard nicht an den Tag legen“, fragte er in den Raum. Auch der Städte- und Gemeindetag habe diese Forderungen aufgestellt. Zwischenruf von Rudolf Borchert (SPD): „Wer ist der Städte- und Gemeindetag?“ Das wertete die FDP-Fraktion als klare Missbilligung gegenüber den Kommunen. Nachdem der FDP-Antrag abgelehnt wurde, verkündete Michael Roof die Konsequenz: „Die FDP-Landtagsfraktion hat immer gesagt, dass sie nur einer ernst gemeinten Schuldenbremse zustimmen kann. Für eine Verfassungsänderung mit Show-Charakter stehen wir nicht zur Verfügung.“

Landtag lehnt Gutshäuser-Bekenntnis mit Lobeshymnen ab

(stp) Mit einer Lobeshymne ist der Antrag der FDP-Fraktion „Guts- und Herrenhäuser als soziokulturelle und wirtschaftliche Zentren im ländlichen Raum“ abgelehnt worden. Der SPD-Abgeordnete Dr. Klaus-Michael Körner sagte über den FDP-Antragsteller Hans Kreher: „Unser Vizepräsident war sehr aktiv, hat sich die Schuhsohlen abgelaufen, hat versucht Brücken zu bauen, Kontakte herzustellen.“ Dieser Antrag sei „ein gutes Stück, vielleicht sein bestes Stück, ein Meisterstück.“ Der SPD-Abgeordnete schwärmte von Hans Kreher auch, wie „wortreich, gestenreich, engagiert“ er agiere. Doch dann sagte Dr. Körner: „Dennoch können wir dem Antrag nicht zustimmen.“

Zuvor hatte Hans Kreher erneut darum geworben, fraktionsübergreifend das Bekenntnis für die Guts- und Herrenhäuser in Mecklenburg-Vorpommern hinzubekommen. Lange war in den Fraktionen diskutiert worden. Ein gemeinsamer Antrag war fast auf den Weg gebracht. „Dennoch bringe ich den Antrag ein, weil ich hoffe, dass wir gemeinsam etwas für den ländlichen Raum tun wollen.“ Der FDP-Abgeordnete sprach



davon, dass schon aus dem FDP-Antrag des Markttreffs das Regierungsprojekt „Neue Dorfmitte“ wurde. So könnten die Guts- und Herrenhäuser als alte Mitten auch eine „Neue Mitte“ werden, meinte Kreher. Er sieht dabei soziokulturelle Zentren im ländlichen Raum vor sich, wie es sie sechsmal in Greifswald und fünfmal in Rostock gibt. „Soziokultur heißt, über Kultur zu einem Gemeinschaftsleben finden. So könnten wir in Mecklenburg-Vorpommern dann auch vorhandene Gutsanlagen besser nutzen.“

Die CDU gab Kreher im Kern Recht. Matthias Mantei fand es auch schade, dass jedes vierte Denkmalsgeschützte Herrenhaus in einem bedauernswerten Zustand sei. Doch die Landesregierung bemühe sich, dem entgegen zu wirken. Dazu Hans Kreher: „Ich höre immer, dass sich die Landesregierung bemühe. Herrn Minister Backhaus hätte ich gern zu diesem Thema mal gehört. Seit 1994 bemüht er sich. Aber er ist verantwortlich, er versteckt sich aber hinter dem Bildungsminister“, brauste der Vizepräsident auf. Till Backhaus wies die Kritik flapsig als „Geschwätz“ zurück und zählte auf, dass er 60 Maßnahmen im Rahmen von multifunktionellen Einrichtungen angetrieben habe. Vizepräsident Bluhm wies den SPD-Minister nach seiner Rede darauf hin, dass er ihm für die Äußerungen hätte einen Ordnungsruf erteilen müssen, wenn er als Abgeordneter gesprochen hätte. Hans Kreher resümierte: „Am Ende sagen alle, sie haben sich bemüht, doch die Häuser verfallen weiter.“

FDP-Landtagsfraktion kritisiert Wahlgeschenk an Kleingärtner



(stp) „Abwasser, das anfällt, ist ordnungsgemäß zu entsorgen. Das müssen auch die Kleingärtner erkennen“, stellte der kommunalpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Toralf Schnur zum Antrag der LINKEN „Ordnungsgemäße Entsorgung von Abwasser in Kleingärten unterstützen“, der von SPD und CDU ergänzt worden war. „Die große zu klärende Frage ist das Wie. Auch Kleingärtner müssen an Lösungen mitarbeiten, so dass man zu Ziel kommt.“ Dabei kritisierte Toralf Schnur den Agrarminister Till Backhaus. „Hätte er sich nicht nur schrittweise den Kleingärtnern angenähert, wären wir heute weiter.“ Jetzt würden Wahlgeschenke verteilt. Der FDP-Abgeordnete zielte auf die 50-prozentige Förderung, die das Land für Gemeinschaftsanlagen springen lassen möchte. 90.000 Euro schüttet die Landesregierung sowieso schon an die Kleingärtner jährlich aus.

Regierung lässt kinderlose Paare zwei Jahre lang im Stich

(stp) Ralf Grabow, sozialpolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion: „Die Debatte über die finanzielle Entlastung von Paaren mit Kinderwunsch verwundert mich sehr. Bereits im Jahr 2009 hatte der Landtag einer Initiative der FDP-Fraktion zugestimmt, die diese Entlastung vorsah. Damit ist bereits seit 2 Jahren ein klarer Handlungsauftrag für die Landesregierung vorhanden.“



Grabow warf der Koalition Verschleppungstaktik vor. „Offensichtlich versuchen CDU und SPD ihre zweijährige Untätigkeit mit einem neuen Antrag zu kaschieren“, denn Initiativen anderer Bundesländer wie Sachsen hätten gezeigt, dass auch landeseigene Hilfen für die Betroffenen möglich wären, so Grabow. „Ein solcher Umgang mit den Sorgen und Nöten der Menschen in unserem Land ist vollkommen unverantwortlich. Vielen Paaren bleibt ihr Kinderwunsch aus medizinischen Gründen unerfüllt.“ In Deutschland seien insgesamt rund 1,4 Mio. Frauen und Männer zwischen 25 und 59 Jahren von ungewollter Kinderlosigkeit aus medizinischen Gründen betroffen. Folge seien häufig schwere psychische wie physische Beeinträchtigungen bei den betroffenen Paaren. Der FDP-Abgeordnete weiter: „Durch die derzeitigen Regelungen und die damit verbundene finanzielle Belastung der Betroffenen sind die Zahlen der künstlichen Befruchtungen massiv zurückgegangen. In einer Gesellschaft, die von einer zunehmenden Überalterung betroffen ist, sollten wir hier mit einer weiteren Kostenübernahme ein klares politisches Signal für den Kinderwunsch setzen. Diese Chance hat die Regierung zwei Jahre lang verschlafen.“

Landtagsreden

119. Sitzung des Landtages M-V am 05. April 2011

1. Lesung Finanzausgleichsgesetz 2012 Drs. 4240

Sigrun Reese, MdL, finanzpolitische Sprecherin, stellv. Fraktionsvorsitzende

Wieder einmal ist die Landesregierung nicht zeitgerecht mit einem Gesetz fertig geworden und deshalb wird heute, eine Woche vor der offiziellen Landtagswoche eine Sondersitzung durchgeführt. Pünktlich zur Einbringung des FAG- Entwurfes trumpft die Finanzministerin groß mit der Pressemitteilung auf, dass die Kommunen ein Plus von 28,2 Mio. € erwirtschaftet haben.

Und dieses Plus soll dann auch sogleich die Behauptung, dass das Land auf Kosten der Kommunen spart, ad absurdum führen. Für die Ministerin sprechen in der Pressemitteilung vom 1.4. die Zahlen eine klare Sprache. Für die Landesregierung mag sich dies so darstellen, die Realität ist jedoch eine andere. Ein Durchschnitt ist nicht immer geeignet, ein Realitätsbild für alle Beteiligten wiederzugeben. Auch bei gutem Durchschnitt kann eine Vielzahl von Betroffenen über die sprichwörtliche Klinge springen.

Sechs noch kreisfreie Städte können im Durchschnitt auf Grund haushalterischer Verrechnungsmöglichkeiten und anderer Möglichkeiten bei der Aufgabenwahrnehmung einen positiven Haushaltsabschluss vorweisen. Mehr als 800 Gemeinden können dies in der Summe nicht.

Aus sieben Ämtern der Landkreise Parchim und Güstrow ein Aktionsbündnis gegen kommunale Schulden gebildet. Morgen tritt dieses Bündnis wieder zusammen. Ebenso wie die FDP kritisiert dieses Bündnis die nicht auskömmliche und aufgabengerechte Finanzausstattung.

Frau Ministerin Polzin - Herr Minister Caffier - dieses Bündnis hat sich nicht aus einer fixen Idee heraus gebildet. Das Bündnis hat sich gebildet, da die jeweiligen Kommunen durch unzureichende Mittelzuweisungen die lokale Demokratie gefährdet sehen.

Besonderes Problem sind dabei die ständig steigenden Umlagen an Amt und Landkreis, die den Kommunen fast keine eigene Gestaltungshoheit mehr lassen. Weiterhin tritt hier die Krux zwischen Kreisumlage und der mit der Kreisreform in Kraft tretenden Altfehlbetragsumlage auf. Geringere Kreisumlage jetzt bedeutet Rückzahlung höherer Fehlbeträge später. Die Senkung von Kreisumlagen auf ein für die Kommunen verträgliches Maß, wird aller Voraussicht nach zur Ablehnung des Haushaltes durch das Innenministerium führen und die Verwendung von Haushaltsmitteln für freiwillige Leistungen blockieren.

Das ist ein regelrechter Teufelskreis, der nur mit wirklicher Novellierung des FAG durchbrochen werden kann.

Aus der Presse konnte ich entnehmen, dass die Kollegen Renz und Dr. Nieszery positive Veränderungen mit der FAG-Änderung 2012 ankündigten.

Sehr geehrte Damen und Herren, ich habe hierzu für die kreisangehörigen Gemeinden nichts Entsprechendes gefunden.

Kollege Heinz Müller, die vorgelegte FAG-Änderung hat nicht einmal die Strahlkraft einer einzelnen Haushaltskerze. In diesem Punkt ist das Licht der Landesregierung bereits erloschen.

Welche großen positiv verändernden Maßnahmen wird der Gesetzentwurf nun bringen?

Die Struktur des FAG wird sich nicht ändern.

Wir als FDP haben uns in der Vergangenheit für eine auskömmliche und aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen eingesetzt.

Auch der vorliegende Gesetzentwurf wird diesem Anspruch nicht gerecht.

Wollte ich es mir einfach machen, würde ich meine Rede zum FAG 2010 noch einmal verlesen, denn letztendlich werden auch mit dieser Novelle die aufgezeigten alten Fehler 1:1 fortgeschrieben. Dies gilt leider auch für die durch meine Fraktion im FAG 2010 kritisierte und eingeführte kommunale 2-Klassengesellschaft.

Kleine Gemeinden sind von den Finanzhilfen des Landes bei Aufbaufonds und dauerhaften Haushaltsausgleich abgeschnitten.

Werte Kollegen, das kann es doch nicht sein!

Es gleicht doch eher einer Farce, wenn in die Gesetzesbegründung geschrieben wird, dass bewusst keine Änderung des Finanzierungsmodells vorgenommen wurde, da das FAG vor 2 Jahren novelliert wurde und eine solche Thematik mehrere Jahre Zeit braucht.

Werte Mitglieder der Landesregierung, werte Kollegen der Koalition, diese Zeit hat es zur Novelle 2010 gegeben. Sie haben ihre eigenen Beschlüsse und Entschlüsse aus der 4. Wahlperiode ignoriert und keinen Systemwechsel vollzogen. Die verfassungsmäßige Feststellung des Gleichmäßigkeitsgrundsatzes bedeutet nicht, dass er das alleinige gültige Finanzierungsmodell ist. Mit dem Gesetzentwurf sollen die Mittelzuweisungen lediglich an die Veränderungen durch die von der FDP-Fraktion abgelehnte Kreisgebietsreform angepasst werden.

Meine Damen und Herren, das ist viel zu engstirnig und zu kurz gesprungen.

Landkreise erhalten indirekt mehr Geld zur Wahrnehmung der kreislichen Aufgaben in Folge der Einkreisung vormals kreisfreier Städte. Es muss die offene Frage gestellt werden, inwieweit die Befristung der zusätzlichen Finanzausstattung für einkreisende Landkreise gerechtfertigt ist und welche Folgen sich daraus ergeben. Kritisch zu hinterfragen ist trotz festgelegter Überprüfungsfrist die Ausgestaltung der Zuweisungen in § 16 für übergemeindliche Aufgaben als Kapitalzuschuss. Auch die noch bestehenden verfassungsrechtlichen Bedenken zur differenzierten Kreisumlage ehemals kreisfreier Städte ist offen zu diskutieren.

Ich möchte noch einmal das Krankenhausgesetz M-V und dessen Folgen aus der Gebietsreform ansprechen.

Investitionsausgaben sollen aus dem laufenden Haushalt bestritten werden sollen. Sie sind damit kreisumlagefähig und bedeuten weitere Kassenkredite für die Kommunen. Weiterhin fehlt im Gesetzentwurf eine Antwort auf den demografischen Wandel in Form eines angemessenen Soziallastenausgleichs für stark betroffene Kommunen. Ebenso bemerkenswert und zu hinterfragen ist die Begründung für die Beibehaltung des Anteils zur Finanzierung von Kreisaufgaben bei kreisfreien und großen kreisangehörigen Städten von 40%. Auch eine Verankerung im FAG seit vielen Jahren, heißt nicht, dass er sich als geeignet bewährt hat.

Das größte Defizit des Gesetzentwurfes sieht die FDP-Fraktion in der nicht konkret definierten fehlenden Finanzausgleichsmasse 2012, womit jede Diskussion ad absurdum läuft.

Eine weitere Mittelsenkung trifft in erster Linie die Schlüsselzuweisungen und damit überproportional die schon jetzt finanzschwachen Gemeinden. Als Ausgangslage sind die Zuweisungen für das Jahr 2011 herangezogen worden, hier will ich lediglich anmerken, dass das Jahr 2011 das schlechteste Zuweisungs-jahr gewesen ist.

Sehr geehrter Kollege Renz, wir wissen, dass das FAG lediglich die Verteilung und der Haushalt die Höhe der Mittel regelt. Die FDP-Fraktion sieht es als sehr bedenklich an, wenn eine Mittelneuaufteilung beschlossen wird, ohne die konkreten Haushaltszahlen zu kennen. Das ist so nicht hinnehmbar!

Werte Kollegen, nun abschließend.

Der vorgelegte Gesetzentwurf erfüllt nicht die für Städte und Gemeinden versprochenen finanziellen Verbesserungen. Er leistet anhand der weiter bestehenden Mängel aus dem FAG 2010 keinen Beitrag für einen fairen, aufgabengerechten, transparenten, klaren und schlüssigen Finanzausgleich.“ Auch in Zukunft werden damit Sonderfonds oder andere Maßnahmen außerhalb des FAG erforderlich, um die gravierenden finanziellen Lücken abzumildern. Die FDP Fraktion spricht sich gegen eine finanzielle Benachteiligung kleiner Kommunen aus. Wir als FDP setzen uns für eine aufgabengerechte kommunale Finanzausstattung ein.

Wobei für die Pflichtaufgaben angemessen und auskömmlich fest zu finanzieren sind und nach Auffassung der FDP die freiwilligen Leistungen einem Gleichmäßigkeitsgrundsatz unterliegen sollen. Weder soll sich das Land auf Kosten der Kommunen gesund sparen, noch können Kommunen ungeachtet der Landesfinanzlage freiwillige Ausgaben tätigen. Die FDP spricht sich gegen die Rückzahlung des Zwangskredites und der Zinsen aus dem Kommunalen Ausgleichsfonds aus.

Gespräche zur Umsetzung des Konsolidierungsfonds müssen schnellstens geführt werden. Grundsätzlich stimmt die FDP der Überweisung von Gesetzentwürfen zur Beratung in die Ausschüsse zu.

In diesem Fall fällt es uns wegen bestehender inhaltlicher Bedenken sehr schwer.

120. Sitzung des Landtages M-V am 13. April 2011

Antrag FDP-Fraktion, Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern bei der Europäischen Union stärken, Drs. 5/4246

Gino Leonhard, MdL, Parlamentarischer Geschäftsführer

Die FDP-Fraktion legt Ihnen heute einen Antrag mit dem Ziel vor, die Rolle Mecklenburg-Vorpommerns auf europäischer Ebene mittel- und langfristig zu stärken. Er ist das Ergebnis zahlreicher Gespräche hier aber insbesondere auch vor Ort in Brüssel.

Ausgangspunkt ist die zunehmende Bedeutung europäischer Rechtsetzung im Vergleich zu nationaler Gesetzgebung. „Viele Bürgerinnen und Bürger unterschätzen, wie bedeutend die Arbeit der Europäischen Institutionen für sie ist.“ So heißt es auf der Informationsseite der Landesregierung zu dem Informationsbüro des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Die bisher leider üblich geringen Beteiligungen an den Wahlen zum Europäischen Parlament sind ein Beleg dafür.

Die so genannte „Europäische Innenpolitik“ wird zunehmend wichtiger. Und das bedeutet auch für das Land Mecklenburg-Vorpommern, dass es sich optimal aufstellen muss, um seine Interessen auf europäischer Ebene so gut wie irgend möglich zu vertreten. Bekanntermaßen sind auch die Länder über Artikel 23 des Grundgesetzes in den Politikfeldern, die ihre Zuständigkeit betreffen, mitbeteiligt.

Meine Damen und Herren,

mit der EU-Osterweiterung wurde gelegentlich die Sorge verbunden, dass die zunehmende Anerkennung der Regionen möglicherweise wieder etwas in den Hintergrund treten könnte. Denn einige der seinerzeit neu aufgenommenen Staaten sind kleiner als einige deutsche Bundesländer, haben aber mehr Gewicht auf europäischer Ebene.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund und den - dem Vernehmen nach - etwa 200 regionalen Lobbybüros stellt sich die Frage, ob das Land Mecklenburg-Vorpommern in der Struktur des Informationsbüros auch für zukünftige Aufgaben optimal aufgestellt ist.

Zahlreiche Gespräche und Vergleiche mit anderen Ländern lassen daran zweifeln. Deshalb wollen wir prüfen lassen, wie die Sach- und Personalausstattung des Informationsbüros verbessert werden kann.

Möglicherweise lassen sich die Interessen des Landes dann als sog. „Ständige Vertretung“ besser vertreten, so wie es andere Bundesländer seit vielen Jahrzehnten erfolgreich praktizieren. Natürlich kann dieser heutige Antrag nur ein erster Schritt sein. Entscheidend werden dann die parlamentarischen Beratungen für den nächsten Landeshaushalt sein.

Reine Absichtserklärungen genügen natürlich nicht. Die entsprechenden finanziellen Mittel für eine bessere Sach- aber auch Personalausstattung müssten dann auch im Landeshaushalt eingestellt werden.

Zunächst muss geprüft werden, ob auf vorhandenes Personal der Landesverwaltung zurückgegriffen werden kann. Es geht also nicht vorrangig um die Einstellung neuen Personals. Qualifiziertes und geeignetes Personal kann wie bisher im Rahmen einer zeitlichen Abordnung durch den bestehenden Stellenpool innerhalb der Landesregierung gestellt werden.

Meine Damen und Herren,

in den Informationen zu den Aufgaben des Informationsbüros heißt es u.a.: „Das Büro arbeitet mit den Vertretungen der Partnerregionen des Landes sowie anderer EU-Regionen in Brüssel zusammen, insbesondere aus Norddeutschland und dem Ostseeraum.“

Dem ist ohne weiteres zuzustimmen.

Wenn dem so ist, sollte sich aus Sicht der FDP Mecklenburg-Vorpommern aber auch nicht unter Wert verkaufen und aus diesem Grund auch eine mit anderen Bundesländern vergleichbare Repräsentanz in Brüssel betreiben.

Mecklenburg-Vorpommern spielt eine entscheidende Rolle im Ostseeraum. Als Tor in den Ostseeraum können die Häfen Mecklenburg-Vorpommerns eine zentrale Rolle in künftigen Wirtschaftskreisläufen einnehmen. Das know-how von Fachkräften in Mecklenburg-Vorpommern kann dazu beitragen, dass Mecklenburg-Vorpommern von diesen Entwicklungen profitiert und im europäischen Wettbewerb nicht „durchgereicht“ wird. Um dies zu gewährleisten ist eine bessere Einbindung unseres Landes in europäische Entscheidungs- und Informationsprozesse unabdingbar.

Meine Damen und Herren,

Bestandteil des Antrags ist auch ein Prüfauftrag dahingehend, wie der Informationszugang, insbesondere der Landkreise und Gemeinden, optimiert werden kann. Auch heute schon, daran bestehen keine Zweifel, ist das Informationsbüro in Brüssel Ansprechpartner für die Landkreise und Gemeinden.

Dennoch spielt das Thema Europa vor Ort eine vergleichsweise untergeordnete Rolle. Auch hier wollen wir prüfen lassen, wie der Informationszugang weiter verbessert werden kann.

Meine Damen und Herren,

lassen Sie uns heute gemeinsam die Voraussetzungen schaffen, damit das Land Mecklenburg-Vorpommern zukünftig auf europäischer Ebene noch besser vertreten werden kann.

Der vorliegende Antrag mit seinem konkreten Prüfauftrag ist ein erster Schritt.

Ich bitte um Ihre Zustimmung.
Vielen Dank.

121. Sitzung des Landtages M-V am 14. April 2011

Antrag FDP: Erstellung eines landesweiten Ausgleichsflächenkataster Drs. 5/4250

Sigrun Reese, MdL, agrarpolitische Sprecherin, stellv. Fraktionsvorsitzende

Die Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima hat die Diskussion zur Nutzung der Kernenergie erneut in den gesellschaftlichen Fokus gestellt. Als Reaktion auf die Vorkommnisse in Japan steht in Deutschland die Diskussion zum schellen und vorzeitigen Ausstieg aus der Kernenergie im Vordergrund.

Die Stromgrundlastversorgung wird in Deutschland zu ca. 45% aus Atomstrom gesichert. Nach dem Willen breiter Bevölkerungsgruppen soll schnellstmöglich der Wechsel weg von Atom- und fossiler Energie hin zu erneuerbaren Energieträgern vollzogen werden.

Hermann Albers als Präsident des Bundesverbandes Windenergie verkündete letzte Woche „Windkraft kann hierzulande mühelos die Atomenergie ersetzen.“ Die Umstellungsfrist dafür soll 2-3 Jahre betragen. Fakt ist, dass der Bau neuer Windkraftanlagen und die Zunahme beim Solarstrom bereits heute die bestehenden Netze an ihr Limit gebracht haben

Mecklenburg-Vorpommern ist längst nicht das große Licht am Windenergiehimmel, wie uns die Landesregierung immer glauben machen möchte. Im Bundesvergleich belegt Mecklenburg-Vorpommern lediglich einen nüchternen 6. Platz in der Windenergieerzeugung. Der Bundesverband Windenergie bescheinigt unserem Land noch Nachholbedarf bei der Windenergieerzeugung.

Das soll sich jetzt nach dem Willen der norddeutschen Regierungschefs ändern. Die Länderchefs fordern Nordwind statt Atomstrom hieß die Überschrift in der Presse am 24. März 2011. Hierzu soll gerade die Windenergieerzeugung sowohl an Land als auch auf See weiter ausgebaut werden.

Das Fraunhofer Institut kommt in einer Studie zu dem Ergebnis, dass bei einer Verdoppelung der Windenergieflächen auf 2% die Atomkraft ersetzt werden kann. Hier kommen wir genau zu dem Dilemma, vor dem Mecklenburg-Vorpommern steht.

Letztendlich reicht ein Mehr und ein Repowern bestehender Anlagen nicht aus, um den Strombedarf auch in Mecklenburg-Vorpommern zu decken. Es braucht mehr Anlagen als bisher und es braucht vor allem leistungsfähige Stromnetze, um die regenerativ erzeugte Energie auch zu den Kunden/Abnehmern zu transportieren.

Der Planungsverband Vorpommern sagt bereits jetzt, nachdem das RREP im letzten Herbst in Kraft getreten ist, dass Vorpommern mehr Flächen für Windparks und Leitungsnetze benötigt. Das heißt, es werden weiterhin zusätzliche Flächen für die Energieerzeugung benötigt, die den Landwirten an nutzbarer Fläche verloren gehen. Im Deutschen Naturschutzrecht ist geregelt, dass Eingriffe in den Naturhaushalt durch geeignete Naturschutzmaßnahmen auszugleichen sind.

Dies führt zu einem weiteren Flächenentzug für die Landwirtschaft. Die Kosten der Umstellung will ich an dieser Stelle gar benennen, sie sollen Thema der morgigen Sitzung des Energiebeirates sein.

Ein Ansatz unseres Antrages ist der mit der Energieumstellung verbundene Flächenverbrauch, aber auch der Flächenverbrauch insgesamt. Die Landwirtschaft ist ein Aushängeschild für Mecklenburg-Vorpommern und die gilt es zu erhalten. Bereits heute verlieren die Landwirte unseres Landes täglich mehr als 7 ha landwirtschaftliche Nutzfläche. Deutschlandweit sind es ca. 100 ha täglich.

Immer mehr Flächen werden für Infrastruktureinrichtungen, Gewerbeansiedlungen und den Naturschutz gefordert. Gleichzeitig werden ein intensiveres Greening der landwirtschaftlichen Produktion und ein Verzicht der Nutzung der Grünen Gentechnik auf Landesflächen propagiert. Diese Parameter lassen keine effektive Flächennutzung bei gleich bleibendem täglichem Flächenentzug zu.

Im zu beratenden Bodenschutzgesetz des Landes ist festgeschrieben, dass mit Boden sparsam umgegangen werden soll. Ein weiterer Rückschlag für die Landwirte in Bezug auf den Flächenverbrauch ist durch den gescheiterten Kompensationsflächenpool Cämmerer See zu erwarten.

Laut Pressemeldung vom 31. März in der OZ hat die Landesregierung die Deichrückbaupläne zwischen Peenemünde und Karlshagen auf Eis gelegt. Der Bau des Riegeldeiches soll nun vom Kompensationsflächenpool entkoppelt werden. Dieser Flächenpool wurde für Ausgleichsmaßnahmen im Rahmen der weiteren wirtschaftlichen Erschließung des Energiestandortes Lubmin geplant. Die Kritik an der Renaturierung Cämmerer See offenbart die Lücken im System.

Wenn sich nun trotz mehrjähriger Planung und Bearbeitung dieses von der EWN durchgeführte Projekt erledigt hat, muss nach Alternativen für das geplante Renaturierungsvorhaben gesucht werden.

Mecklenburg-Vorpommern ist auf die weitere Ansiedlung von Großbetrieben angewiesen. Es darf nicht sein, dass der seit vielen Monaten und Jahre dauernde Streit um Ausgleichsflächen für die Entwicklung des Energiestandortes Lubmin dazu führt, dass die notwendigen Investitionen nicht durchgeführt werden können.

Sehr geehrte Kollegin Schlupp, auf Grund ihrer Pressemeldung vom Dienstag gehe ich davon aus, dass Sie unseren Antrag unterstützen. Der Bauernverband hat uns in unzähligen Anhörungen und Gesprächen immer wieder vor Augen geführt, wie hoch der Verlust an landwirtschaftlicher Nutzfläche in unserem Land ist. Deshalb müssen wir nicht die Praxis des Eingriffs-Ausgleichs erst überdenken, wir müssen dementsprechend handeln. Mit ihrer Pressemitteilung treffen Sie genau die Intention unseres Antrages.

Es sollen eben gerade nicht immer neue Flächen ausgewählt werden, sondern möglichst belastete, versiegelte oder sonst wie geringwertige Flächen wieder aufgewertet werden, um dem Flächenverlust landwirtschaftlicher Nutzflächen entgegenzuwirken.

Aus diesen Gründen soll das Kataster angefertigt werden.

Selbstredend, das hat auch die Diskussion um das Landesnaturschutzgesetz gezeigt, geht es auch um die Finanzierung und Bewertung freiwilliger Leistungen.

Hätte ich gewusst, dass wir uns da auf einer Ebene befinden, hätten wir auch gern einen gemeinsamen Antrag machen können. Den Investoren sind schnell und unbürokratisch Flächen zum Ausgleich für den jeweiligen Eingriff zu benennen.

Um dies in Mecklenburg-Vorpommern zu gewährleisten wurde mit der Bereinigung des Landesnaturschutzrechts im Februar letzten Jahres das Führen von Ökokonten eingeführt. Damit soll es möglich werden größerflächige und im Sinne des Naturschutzes effektivere Projekte als bisher durchzuführen.

Die FDP hat sich stark für die sinnvolle Einführung der Ökokontierung engagiert. Leider steckt die Umsetzung noch in den Kinderschuhen. Es hapert zum Leidwesen vieler Investoren und Landwirte immer noch an deren Umsetzung. Nach wie vor ist wenig über das Anliegen der Ökokontierung und dessen Regelungen bekannt. Offene Fragen sind nach wie vor, ob und inwieweit man mit Ökokonten handeln kann. Die Suche nach passenden Ausgleichsflächen stellt sich für viele Investoren nach wie vor als Problem in Mecklenburg-Vorpommern dar.

Werte Kollegen, uns ist sehr wohl bewusst, dass in einzelnen Gemeinden und Landkreisen bereits Ausgleichsflächen ausgewiesen sind. Diese punktuellen Lösungen ersetzen aber kein landesweites Ausgleichsflächenkataster. Nur mit einem großflächigen Kataster und der praktischen Umsetzung der Ökokontierung ist auch die Umsetzung größerer Ansiedlungen gewährleistet. Es kann nicht sein, dass Investoren erst von Pontius zu Pilatus laufen müssen, um Ausgleichsflächen zu erfahren. Es ist nicht hinnehmbar, dass Investoren Mecklenburg-Vorpommern wegen fehlender Ausgleichsflächen den Rücken kehren.

Eines möchte ich an dieser Stelle aber auch deutlich machen.

Beim Ausgleichsflächenkataster geht es nicht lediglich um eine Ausweisung bestehender und neuer Ausgleichsflächen. Ansatz ist vielmehr den Flächenverbrauch für Neuinvestitionen zu reduzieren und nicht ständig zu erhöhen. Mit dem Antrag verfolgt die FDP das Ziel, Naturschutzflächen zu listen, die im Rahmen von Eingriffsausgleichen weiter veredelt oder aufgewertet werden können. Darunter fallen auch Maßnahmen der Entsiegelung.

Somit ist es möglich den täglichen Entzug landwirtschaftlicher Nutzfläche zu verringern. Das Kataster bietet somit Landwirten und Bürgern Einblick in zukünftige mögliche Flächennutzungen und kann zur Vermeidung von Konfliktpotenzial beitragen. Landwirte erhalten damit eine nahezu verlässliche Planungsgrundlage und können sich daraus angepasste Produktionsformen ableiten.

Es liegt im Interesse der FDP, bei positiver Investitionsbewertung die Verfahren schneller umzusetzen. Die FDP will ein umfassendes Flächenkataster, welches gegebenenfalls an reale Gegebenheiten anzupassen ist. Nicht bekannte Ausgleichsflächen dürfen nicht dazu führen, dass Investoren das Land verlassen.